



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

5

Mai 2020 / 54. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL



Wie umgehen mit der Corona-Krise?

Seite 3 <

Ein Teamplayer
im besten Sinne –
stellvertretender
Bundesvorsitzender
Michael Hinrichsen
gestorben

Seite 16 <

Fachteil:
Die Corona-Bußgeldkataloge
der Bundesländer – eine
exemplarische Bewertung





Kommentar

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

auch wir kommen natürlich nicht um das Thema „Corona“ herum.

Zuvorderst möchte ich Euch allen und euren Familien Gesundheit wünschen. Es sind herausfordernde Zeiten, die uns allen viel abverlangen. Hoffen wir, dass es uns als Gesellschaft gelingt, durch das Einhalten von Vorsichtsmaßnahmen die Ansteckungsraten so gering wie möglich zu halten, bis ein Wirkstoff gegen das Virus gefunden wurde.

Diese besondere Situation wird voraussichtlich nicht spurlos an uns vorübergehen. Die starken Einschränkungen persönlicher Freiheiten sind manchmal schwer zu ertragen und dann auch nur unter der Maxime, dass der Gegenwert die vielfache Rettung von Leben ist. Zu beobachten ist aber auch, dass Ge- und Verbote dann eingehalten werden, wenn sie einerseits klar und unmissverständlich

sind und andererseits so kommuniziert werden, dass die Mehrzahl der Menschen sie für sinnvoll und zielführend halten. Bei einem kritischen Rückblick gab es Situationen, in der die x-te Änderung der Landesverordnung und die Auswirkungen nicht mehr vermittelbar war und der klare Durchblick verloren zu gehen schien.

An dieser Stelle will ich als Landesvorsitzender aber auch nicht in umfangreiche Betrachtungen gesamtgesellschaftlicher Prozesse einsteigen, sondern das Brennglas auf die Auswirkungen für die Polizei beschränken.

Eine bedeutende Erkenntnis war die, dass globale Lieferketten nicht mehr durchgängig funktionierten und zu einer katastrophalen Unterversorgung gerade im medizinischen Bereichen mit Schutzbekleidung, Gesichtsmasken und Desinfektionsmitteln führten. Aber auch in der Polizei war sehr schnell klar, dass der mangelhafte Nachschub die tägliche Arbeit im operativen Dienst gefährlicher machte. Hier müssen sehr klare Entscheidungen für die Zeit „nach Corona“ getroffen werden. Die Herstellung beziehungsweise Lagerhaltung von wichtigen Gegenständen, die in Krisenzeiten der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit dienen, darf nicht dem freien Weltmarkt überlassen bleiben. Hier hat der Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge Maßnahmen zu treffen, dass wir besser vorbereitet sind.

Aber auch im Einschreiten war und ist die Polizei mit einer atypischen Lage konfrontiert. Handlungen der Bürgerinnen und Bürger, die sonst völlig

normales Alltagsverhalten darstellen, sind auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes plötzlich polizeilich relevant geworden, weil sie durch Landesverordnungen und Allgemeinverfügungen zu Straftaten und Ordnungswidrigkeiten wurden. Wer hätte sich denken können, dass die Polizei eines Tages kontrolliert, das Spielplätze nicht mehr genutzt werden, dass das Verhalten in Grünanlagen kontrolliert wird, damit sich keine Personengruppen bilden und Ähnliches?

Ich glaube, die Polizei hat dabei überwiegend einen sehr guten Job gemacht und viel durch gute, adressatengerechte Kommunikation geregelt. Die allermeisten Menschen waren auch grundsätzlich verständnisvoll und einsichtig. Und als Polizei sind wir es ja durchaus gewohnt, auch mit denen umzugehen, die nicht an einer konstruktiven Lösung interessiert sind. An dieser Stelle gebührt den Kolleginnen und Kollegen im operativen Dienst ein dickes Lob und Dankeschön.

Mit einigem Stirnrunzeln haben wir zur Kenntnis genommen, dass innerdienstliche Anweisungen zur Dienstgestaltung in der Pandemie dann aber in der Organisation zerredet wurden und anstatt für Klarheit eher für interne Unsicherheiten sorgten. Beispielfähig sei da aufgeführt der Umgang mit Vorgaben aus der Staatskanzlei zu der Frage, wie mit Mitarbeitenden umzugehen ist, die aufgrund von Vorerkrankungen zu Hause bleiben sollen. Auch die Frage, wie mit Urlaubsrückkehrern umzugehen ist und ob die verordnete Quarantäne auch für Polizisten gilt, die ein verlängertes Wochenende in Mecklenburg-Vorpommern verbracht haben. Oder ein letztes Beispiel, der



> Torsten Gronau

Umgang mit Sonderurlaub zur Kinderbetreuung. Selbstverständlich waren eben auch Polizistinnen und Polizisten davon betroffen, dass Schulen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten staatlich verordnet geschlossen wurden.

Es darf doch keine Frage sein, dass bei Personen, die in systemrelevanten Berufen in einer solchen Krisenzeit dringend benötigt werden, elementare Grundbedingungen geklärt sind. Dazu gehört natürlich für Eltern im Polizeidienst die Sicherheit, dass die Kinderbetreuung gewährleistet sein muss und man sich nicht in Diskussionen verstrickt, ob dafür nicht Erholungsurlaub oder Überstunden abzubauen sind. Dafür hat uns als DPoIG sehr häufig das Verständnis gefehlt. Gerade der Staat als Arbeitgeber hat da Möglichkeiten zur Regelung, die einem kleinen Wirtschaftsbetrieb fehlen. An der Stelle hat mancherorts das Fingerspitzengefühl gefehlt, der besonderen Situation von Eltern mit klugen und vor allem klaren Entscheidungen zu begegnen.

Aber an dieser Stelle ist dann auch der Blick nach vorne zu richten. Aus Fehlern soll man lernen. Deshalb ist eine Selbstreflexion über alles, was gut gelaufen ist, wichtig für die Motivation. Aber was nicht so gut gelaufen ist,

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705
E-Mail:
sven-erik.haase@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061
Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg-sh



ISSN 0937-4841

muss ehrlich kritisch aufgearbeitet werden, damit es künftig besser läuft.

Auch für uns als Polizei ist es erstrebenswert, so bald wie möglich wieder zum Alltagsgeschäft zurückkehren zu können, sich also wieder ausschließlich um die „richtigen“ Rechtsbrecher zu kümmern. Niemand glaubt ernsthaft,

dass das Virus in kurzer Zeit Geschichte sein wird. Aber wir müssen und werden stetig in eine Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens übergehen müssen. Distanzregelungen und besondere Hygienevorschriften werden uns noch eine ganze Zeit begleiten.

Aber beim Blick nach vorne gibt es natürlich auch böse

Ahnungen. Eine tiefe wirtschaftliche Rezession führt perspektivisch auf der Einnahmeseite des Staates zu tiefen Einschnitten. Da hoffen wir, dass die derzeitigen Loblieder auf die Polizei in der Krise nicht zu schnell verstummen. Eine funktionierende öffentliche Verwaltung war und ist die Basis dafür, dass wir nicht von einer Krise in eine Katastrophe

geraten sind. Wir warnen ausdrücklich davor, wieder in den Modus „Sicherheit nach Kasernenlage“ zu verfallen. Dieser Weg war in der Vergangenheit falsch und wird es auch in Zukunft sein.

Bleibt gesund!

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Händewaschen nur mit eiskaltem Wasser?

Den Polizeidienststellen in Schleswig-Holstein fehlen geeignete Handwaschplätze. Grund dafür ist eine veraltete Baurichtlinie.

Kaltes Wasser ist gut für das Immunsystem – das wissen wir spätestens seit Sebastian Kneipp. Wenn unseren Polizistinnen und Polizisten zum Händewaschen aber nur eiskaltes Wasser zur Verfügung steht und so das Händewaschen zur Tortur wird, dann nützt selbst das beste Immunsystem nichts.

Dass Händewaschen tatsächlich die Ausdehnung von Infektionskrankheiten senkt, wurde in zahlreichen Studien untersucht und bestätigt. Im Sinne des Infektionsschutzes wird das Händewaschen unter anderem nach dem Toilettenbesuch, dem Naseputzen, Husten oder Niesen, nach Kontakt mit Abfällen sowie vor dem Essen empfohlen. Im Polizeidienst kommen noch zahlreiche spezielle Anlässe hinzu, die ein häufiges und gründliches Händewaschen erfordern, beispielsweise nach Verkehrsunfällen, Schadensereignissen, Kontrollen, Gefahrenlagen, Vollzugshandlungen oder Widerständen. Hier ist der Kontakt mit infizierten Personen, Leichen, gefährlichen Abfällen,

Gefahrstoffen, Blut und Sekreten oder Schimmelpilzsporen oft unumgänglich.

Gerade in Zeiten von Corona ist die regelmäßige und korrekte Händereinigung wieder in „Mode“ gekommen. Inzwischen weiß jeder, dass der Vorgang des Händewaschens mit Wasser und Seife mindestens 20 bis 30 Sekunden dauern soll. Die Wassertemperatur hat zwar keinen Einfluss auf Reduktion von Mikroorganismen, kaltes Wasser reinigt also nicht schlechter als warmes, aber wer seine Hände zwangsläufig unter 5°C kaltes fließendes Wasser halten muss, der wird die empfohlene Dauer von einer halben Minute wohl eher nicht einhalten.

Auch wenn die Wassertemperatur bei der Beseitigung von Keimen und Viren keine Rolle spielen mag, so ist sie für das Wohlergehen der Beamtinnen und Beamten essenziell. Längerer Kontakt mit eiskaltem Wasser führt nicht nur im Winter zu schmerzenden Händen oder Fingern, damit zu einem zeitlich unzureichenden Waschvor-

gang und letztendlich zu Mängeln im Sinne des Infektionsschutzes.

Trotz entsprechender Hinweise aus dem Bereich des Arbeitsschutzes und der Betriebsmedizin werden in den Schleswig-Holsteinischen Polizeiliegenschaften keine Warmwasserleitungen verbaut, weil unter Punkt 2.5 der „Richtlinie für die bauliche Herrichtung und Ausstattung von Sanitäranlagen in ZGB-Liegenschaften“ lediglich Kaltwasseranschlüsse für die Waschtische vorgesehen sind.

Die DPoIG hält diesen Punkt für nicht nachvollziehbar und fordert eine entsprechende Modernisierung der Richtlinie.

*Sebastian Gieseler,
Vorsitzender Kreisverband
Segeberg-Pinneberg*



2.5 Mobiliar/Ausstattung

Der Vorraum ist standardmäßig mit einem Waschtischbereich herzurichten, bestehend aus einer Ablagefläche mit integrierter Waschmulde sowie einer Öffnung zur Installation des Abwurfs (z.B. Einhängkorb) für benutzte Papierhandtücher. Der Waschtisch erhält eine Armatur mit Selbstschlussefunktion.

Unter Berücksichtigung des Raumzuschnitts und der Anzahl der Waschplätze wird oberhalb des Waschtisches ein Spiegel angepasst, der sich über die gesamte Waschtischanlage erstreckt. Optional kann der Spiegel auch in eine geflieste Fläche, ein Mosaik o. ä. integriert werden.

Der Waschtisch erhält lediglich einen Kaltwasseranschluss. Steckdosen sind in den Sanitärbereichen und Vorräumen nicht vorgesehen.

HdBau SH

Stand November 2016

> Auszug aus der Richtlinie für bauliche Herrichtung und Ausstattung von Sanitäranlagen in ZGB-Liegenschaften Stand 11/2016

Dienstgebäude Itzehoe

■ Rückblick

Bereits Anfang der 1990er-Jahre wurde intern darüber gesprochen, dass die Unterbringung insbesondere der Kolleginnen und Kollegen des Polizeireviere Itzehoe nicht den Anforderungen entspricht. Man begann mit den Planungen für einen Umbau. Es wurden viele Versprechungen gemacht, dass es nun bald losgehen würde und man die Arbeitsbedingungen schnell verbessern würde.

Es tat sich jedoch in Wirklichkeit über viele Jahre gar nichts.

Im November 2017 erschien der Staatssekretär aus dem Innenministerium, Torsten Geerdts, auf Einladung der DPoIG in Itzehoe und hörte sich die vielen Klagen der Polizeibeamten insbesondere zu diesem Thema an.

Nachdem er sich selbst von den Zuständen in dem aus den 1970er-Jahren stammenden Polizeihochhaus überzeugt hatte und ein Arbeiten darin für unzumutbar hielt, kam es nach recht kurzer Zeit tatsächlich zu der

Entscheidung, dass Umbauten nicht infrage kommen, sondern ein kompletter Neubau für die in Itzehoe noch verbliebenen drei Polizeidienststellen entstehen soll.

Ein Grundstück wurde gesucht. Der Neubau sollte in der Kaiserstraße entstehen.

Nach circa eineinhalb Jahren wurden dann die Verhandlungen abgebrochen und es musste erneut gesucht werden. Jetzt soll das Polizeigebäude auf dem alten Alselngelände entstehen.

Der Grundstückskauf ist noch nicht abgeschlossen.

Es wurde ein Zeitraum vom Grundstückskauf bis zur Fertigstellung von 54 Monaten in Aussicht gestellt. Es wird also noch eine Zeit lang dauern.

■ Gegenwart

Da im Winter vom Dienstgebäude wieder einmal Beton in nicht unerheblichem Maße



© DPoIG SH (3)



von der Fassade abgefallen war, musste die GMSH Maßnahmen ergreifen, um Mitarbeitern und Besuchern des Hauses ein gefahrloses Betreten zu ermöglichen.

In einem ersten Schritt wurden die Zuwegungen sowie der Gehweg vor dem Haus überdacht und einige Bereiche abgesperrt.

Der zweite Schritt war nun die komplette Einrüstung des zwölfstöckigen Hauptgebäudes und die Sicherung durch ein Netz.

Dadurch konnten die Maßnahmen aus dem ersten Schritt weitestgehend zurückgebaut werden.

➤ **Ausblick**

Ob das Gerüst jetzt bis zum Abriss des Gebäudes stehen-

bleibt oder ob andere Maßnahmen der Sicherung/Sanierung der Fassade ergriffen werden können, wird sich zeigen.

Fakt ist, dass es große Summen kosten wird, ein Gebäude zu sichern, dass schon seit vielen Jahren für die Mitarbeiter nicht mehr zumutbar und aufgrund des anwachsenden Raumbedarfes viel zu klein war.

Die DPoIG fordert, dass man sich nun auf politischer Ebene der Sache annimmt und dafür sorgt, dass bald spürbare Fortschritte erzielt werden, um diese unhaltbaren Zustände nicht immer weiter in ferne Zukunft zu schieben! Weitere Verzögerungen beim Neubau darf es jetzt nicht mehr geben!

*Sven-Erik Haase,
Kreisverband Itzehoe*



Verkehrssicherheitsbericht versus Personalengpass

Eine der Hauptaufgaben eines Polizei-Bezirksrevieres ist die spezialisierte Verkehrsüberwachung. Zu den weiteren Aufgaben gehört unter anderem auch die Unterstützung anderer Dienststellen.

Dass diese Aufgaben nicht so gut miteinander vereinbar sind, zeigt der Erfahrungsbericht von Lars Christiansen, Kreisverband Itzehoe.

Vor einigen Wochen stellte Innenminister Hans Joachim Grote der Öffentlichkeit den Verkehrssicherheitsbericht 2019 vor.

Neben vielen Zahlen und statistischen Daten hob der Minister als wichtigste Unfallursachen zu schnelles Fahren, Alkohol und Ablenkung durch Smartphones und andere Geräte hervor. Außerdem wolle

man die Sicherheit des Radverkehrs zu einem Schwerpunkt in diesem Jahr machen, denn auch in diesem Bereich sind steigende Zahlen zu verzeichnen.

So war es den Zeitungsberichten zu diesem Thema zu entnehmen. Damit ist eigentlich alles gesagt, trotzdem kommen innerhalb des Polizei-Bezirksreviers in Heide zunehmend Fragen auf ...

Es handelt sich um die Tätigkeitsfelder, die ein Polizei-Bezirksrevier als eigentliche Aufgabe zu überwachen hat.

Das Polizei-Bezirksrevier Heide, als kleine Dienststelle, zeigte in den letzten Statistiken bisher immer sehr gute Zahlen im Bereich dieser Delikte. Außer Dank und netten Worten bleibt davon aber nicht viel übrig. Sei es die Dienstpostenbewertung oder der Umgang mit den einzelnen Kollegen. Mitarbeiter des PBR Heide zu sein heißt, dass man mittlerweile auf vieles vorbereitet sein muss, leider ist das nicht immer die eigentliche Aufgabe: Verkehrsüberwachung!

Jedes Jahr aufs Neue kommt die Nachricht: Stellt euch darauf ein, dass wir andere Reviere personell unterstützen müssen, solange bis Personalersatz da ist. Woran liegt das? Liegt es an der PD Itzehoe, liegt es am LPA? Solche Fragen tauchen in-

nerhalb der Kollegenschaft immer wieder auf. Beantworten kann sie keiner so wirklich zufriedenstellend. Viele fühlen sich zu Recht als ewige Reserve der PD mit dem Tenor „auf Verkehrsüberwachung kann man am ehesten verzichten“.

Auch dieses Jahr wird das PBR Heide wieder andere Reviere in hohem Maße personell unterstützen müssen, obwohl das eigene Personal eher weniger als mehr wird. Die Aufgaben nehmen jedoch zu und nicht ab.

Ob die Verkehrsüberwachung dann eine gleichbleibende Qualität hat ... die Antwort liegt auf der Hand.

*Lars Christiansen,
Kreisverband Itzehoe*